

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Hessischer Landkreistag fordert Übertragung der Erhöhung der Beamtenbesoldung auch auf kommunale Beamte

Der Hessische Landkreistag begrüßt die von der Landesregierung in Aussicht gestellte Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten des Landes ausdrücklich. Bereits im vergangenen Jahr wurde das weitere Auseinanderfallen der Bezahlung von Beschäftigten einerseits und Beamten andererseits kritisiert. Daher fordert der Hessische Landkreistag die Einbeziehung der kommunalen Beamtinnen und Beamten in das Gesetzesvorhaben. Um eine Ungleichbehandlung der kommunalen Beamtinnen und Beamten zu vermeiden und damit die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise im Wettbewerb um die besten Kräfte nicht benachteiligt werden, sind auch diese in die stufenweise Anhebung der Besoldungsbezüge um 2 % ab Juli 2017 sowie um weitere 2,2 % ab 1. Februar 2018 aufzunehmen.

Bei der von der Landesregierung vorgesehenen Einführung eines kostenfreien Jobtickets sehen die Landkreise jedoch noch offene Fragen. Das Land muss hier zunächst die Details der beabsichtigten Regelungen vorlegen und erläutern. Erst dann kann entschieden werden, ob dies auch von Relevanz für die Landkreise, Städte und Gemeinden ist.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

nachdem die Forderungen des Hessischen Landkreistages nach einer Übernahme der Tarifabschlüsse auch auf die Beamtinnen und Beamte der Landkreise noch im vergangenen Jahr kein Gehör fanden, hat sich die hessische Landesregierung vor wenigen Tagen für eine entsprechende Änderung der Beamtenbesoldung ausgesprochen. Unsere Erklärung hierzu lesen Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Bei der Lektüre auch der weiteren Berichte zu Themen, die für die 21 hessischen Landkreise in den letzten Wochen von besonderer Bedeutung waren, wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr

Erich Pipa (Präsident)
Landrat

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Geschäftsführer Dr. Jan Hilligardt zum Honorarprofessor durch die Technische Universität Darmstadt ernannt
- Festes Bekenntnis zu Europa
- Grünes Licht für den Ausbau von Pflegestützpunkten

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Staatsminister Grüttner offen für die Stärkung des ÖGD
- KIP II – Zusätzliche Landesmittel für Hessens Schulen
- Schülerticket im Fokus des Wirtschafts- und Planungsausschusses
- Regionale Fortbildungsreihe gegen Extremismus und Radikalisierung

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Bürgerfreundliche Wertstoffsammlung erfordert wirksame kommunale Steuerung
- Bildung ist der beste Garant für ein Leben ohne Sozialleistungen

EHRUNGEN / TERMINE

SEITE 04

Geschäftsführer Dr. Jan Hilligardt zum Honorarprofessor durch die Technische Universität Darmstadt ernannt



Dem Geschäftsführenden Direktor des Hessischen Landkreistages, Dr. Jan Hilligardt, wurde am 5. April 2017 vom Präsidenten der Technischen Universität Darmstadt Prof. Dr. Hans Jürgen Prömel der Titel eines Honorarprofessors verliehen.

Präsident Landrat Erich Pipa überbrachte dazu die Glückwünsche des Verbandes: „Der Hessische Landkreistag gratuliert seinem Geschäftsführenden Direktor Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt herzlich zu der hohen Auszeichnung durch die Technische Universität Darmstadt. Damit werden seine Leistungen auf dem Lehr- und Forschungsgebiet der „Stadt- und Regionalentwicklung“ und seine Verdienste an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis nachdrücklich gewürdigt. Wir freuen uns hierüber sehr und werten dies auch als Ansporn für die Fortführung der guten Arbeit des kommunalen Spitzenverbandes der 21 Landkreise in Hessen.“

Der Geschäftsführende Direktor Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt hat beim Hessischen Landkreistag neben der derzeitigen Verantwortung für die Hauptgeschäftsführung die Zuständigkeiten für die Themen „Verfassung, Europa, Asyl“, „Soziales“ und „Gesundheit“. Er führt zusammen mit Direktor Matthias Drexelius, der für die Themen „Finanzen“, „Bildung, Kultur“ sowie „Wirtschaft, Umwelt, Verkehr“ verantwortlich ist, als Doppelspitze die Geschäftsstelle des Verbandes. Diese hat ihren Sitz im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Wiesbaden.

Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt (Jahrgang 1970) ist seit April 2008 einer der beiden Geschäftsführer des Hessischen Landkreistages. Ergänzend ist er seit vielen Jahren nebenberuflich zunächst als Privatdozent, nun als Honorarprofessor an der Technischen Universität Darmstadt in der Lehre auf dem Gebiet „Stadt- und Regionalentwicklung“ am Fachbereich Bau- und Umweltingenieurwissenschaften aktiv. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt mit seiner Familie in Dieburg (Landkreis Darmstadt-Dieburg).

Festes Bekenntnis zu Europa



EU-Kommissar Günther Oettinger zusammen mit dem HLT-Rechts- und Europaausschuss

Die politischen Debatten über die aktuelle Situation und die Zukunft der Europäischen Union sind allgegenwärtig. Dies hat der Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages zum Anlass genommen, sich einmal mehr vor Ort über die aktuellen Entwicklungen im Rahmen einer zweitägigen Tagung aus erster Hand zu informieren.

In Brüssel erfolgte unter anderem ein Austausch mit Herrn EU-Kommissar Günther H. Oettinger, der die verschiedenen Entwicklungen innerhalb der EU aus seiner Sicht kommentierte und wichtige Hinweise zu möglichen Handlungsoptionen gab.

Da eine große Zahl der Entscheidungen auf europäischer Ebene von unmittelbarer oder mittelbarer Relevanz für die hessischen Landkreise ist, wurde vereinbart, auch künftig eng die Entwicklungen in Brüssel im Fokus zu halten.

Grünes Licht für den Ausbau von Pflegestützpunkten

Nach dem „Rahmenvertrag für die Arbeit und Finanzierung der Pflegestützpunkte im Lande Hessen“ aus dem Jahr 2009 können in jedem Landkreis bzw. kreisfreien Stadt jeweils ein Stützpunkt gemeinsam von Pflegekassen und Sozialhilfeträger eingerichtet werden.

In den letzten Monaten hat eine wachsende Zahl von Landkreisen Bedarf zum Ausbau der Pflegestützpunkte angemeldet. Im gemeinsamen Steuerungsausschuss mit den Pflegekassen konnte Ende letzten Jahres eine Abstimmung zu einem Prüfverfahren zu den Initiativen erreicht werden. Grundlage hierfür ist eine Studie des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) zum Bemessungsverfahren zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Hessen und das Initiativrecht der Kommunen nach dem neuen § 7c SGB XI.

Zwischenzeitlich konnten die Vertretungen der Pflegekassen die entsprechenden internen Gremienbeschlüsse einholen, so dass der Steuerungsausschuss in seiner letzten Sitzung am 21. März 2017 die Empfehlung aussprechen konnte, dass alle an einem Ausbau ihres Pflegestützpunktes interessierten Landkreise das beschriebene Verfahren anwenden können. Es empfiehlt sich jedoch, vor Start der formellen Initiative mit allen beteiligten Institutionen vor Ort entsprechende Gespräche zu führen. Aber für den bedarfsgerechten Ausbau der Pflegestützpunkte in Hessen gibt es nun „Grünes Licht“!

Staatsminister Grüttner offen für die Stärkung des ÖGD

Am 8. März 2017 besuchte der Hessische Gesundheitsminister, Stefan Grüttner, die Sitzung des Gesundheitsausschusses des Hessischen Landkreistages.

Nach einem ausführlichen Eingangsstatement zu aktuellen Gesundheitsthemen (z.B. Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung, Umsetzung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, Evaluierung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes) stand Minister Grüttner dem Gesundheitsausschuss anschließend für einen ausgiebigen Austausch zur Verfügung. Dabei wurden weitere Themen angesprochen.

Insbesondere die Zukunft des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) nahm hierbei Raum ein. Von den Ausschussmitgliedern wurde auf die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten für die Gesundheitsämter sowie in der Ausbildung zum Facharzt ÖGD hingewiesen. Dabei zeigte sich der Staatsminister offen für gesetzliche Änderungen im Hessischen Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) zur Stärkung des ÖGD. Daher wird sich der Gesundheitsausschuss in seiner nächsten Sitzung erneut mit dem Thema zum evtl. Start von politischen Initiativen beschäftigen.

KIP II – Zusätzliche Landesmittel für Hessens Schulen

Über eine Erweiterung seines Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes stellt der Bund bekanntlich rund 3,5 Milliarden Euro für Investitionen finanzschwacher Schulträgerkommunen in deren Bildungsinfrastruktur bereit, wovon etwa 330 Millionen Euro als Zuschüsse auf Hessen entfallen. Da dieses neue Bundesprogramm auf finanzschwache Städte und Landkreise beschränkt ist, hat das Land ein weiteres Kommunalinvestitionsprogramm (KIP II – „KIP macht Schule!“) aufgelegt, um alle hessischen Schulträgerkommunen an zusätzlichen Mitteln in diesem Bereich teilhaben zu lassen.

Hintergrund des KIP II, welches mit 73 Millionen Euro dotiert werden soll, ist die zutreffende Erkenntnis, dass zusätzlicher Investitionsbedarf in die Schulinfrastruktur nicht alleine bei als finanzschwach eingestuften Schulträgerkommunen vorhanden ist. Das zusätzliche Landesprogramm wird durch zinsvergünstigte Darlehen mit 30jähriger Laufzeit dargestellt, welche zu 75% durch das Land getilgt werden.

Der Hessische Landkreistag begrüßt, dass sich das Land seiner Forderung einer Teilhabe aller Schulträger durch die nun festgelegten Kriterien zur Konkretisierung der „Finanzschwäche“ deutlich angenähert hat: Für 18 von 21 Mitgliedskreisen wird die Teilnahme am Bundesprogramm ermöglicht und durch die zusätzlichen Landesmittel des KIP

II werden auch den verbleibenden drei Landkreisen zusätzliche Investitionen in die Schulinfrastruktur ermöglicht.

Als Wermutstropfen verbleibt, dass das Volumen der Landesförderung deutlich hinter dem Bundesprogramm zurück bleibt und zumindest aus den Bundesmitteln derzeit keine Schulneubauten finanziert werden dürfen. Bedauerlicherweise ist die gemeinsam mit dem Land verfolgte Initiative, das Bundesprogramm zu flexibilisieren, mehr Bereiche als förderfähig auszugestalten und den Förderzeitraum zu verlängern, in Berlin bisher auf Ablehnung gestoßen. Daher findet die Aufforderung des Hessischen Finanzministers an die Verantwortlichen im Bund, hier noch einmal nachzubessern, die ausdrückliche Unterstützung durch den Hessischen Landkreistag.

Schülerticket im Fokus des Wirtschafts- und Planungsausschusses

Der Wirtschafts- und Planungsausschuss hat, unter Einbindung aller Kreisvertreter in den Aufsichtsräten des NVV und RMV, in seiner Sitzung am 2. März 2017 über die Einführung des hessenweit gültigen Schülertickets mit Herrn Staatssekretär Samson und Herrn Abteilungsleiter Maßberg, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung beraten.

In einem konstruktiven Austausch konnten eine Reihe von offenen Fragen geklärt und, insbesondere mit der Zusage des Landes, zusätzliche finanzielle Belastungen der Kommunen zu verhindern, der Weg für die Einführung des hessenweiten Schülertickets freigemacht werden.

Regionale Fortbildungsreihe gegen Extremismus und Radikalisierung

Der Hessische Landkreistag hat gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag ein Fortbildungsangebot mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) initiiert. In sechs regionalen Veranstaltungen wurden seit Februar 2017 bislang ca. 200 Teilnehmende vorrangig aus den Jugendämtern, aber auch aus dem kommunalen Bereich der Betreuung erwachsener Flüchtlinge geschult.

In drei Referaten mit unterschiedlichen Schwerpunkten informierten das Landesamt für Verfassungsschutz, das HKE sowie Violence Prevention Network („Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus“) zu Extremismus und Radikalisierung und deren Erscheinungsformen, zu Maßnahmen der Extremismusprävention und -intervention in Hessen sowie aus der Arbeit mit Radikalisierten und Gefährdeten. Vermittelt wurde darüber hinaus, an wen sich die Ämter bei auftretenden Fragen unmittelbar wenden können. Für die Praxis ist diese Fortbildungsreihe, die Ende April im Landkreis Offenbach abschließt, eine wichtige Grundlage für die Arbeit vor Ort.

Bürgerfreundliche Wertstoffsammlung erfordert wirksame kommunale Steuerung

Die kommunalen Spitzenverbände haben anlässlich einer Anhörung im Deutschen Bundestag den Entwurf für ein Verpackungsgesetz deutlich kritisiert.

„Wir lehnen den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab, da wichtige Anliegen der Kommunen darin nicht berücksichtigt werden. Wir erwarten neben richtigen und wichtigen Verbesserungen beim Recycling vor allen Dingen auch eine einfache bürgerfreundliche Sammlung von Verpackungsabfällen in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Es geht uns darum, das Nebeneinander von kommunaler Haushaltsabfallentsorgung und dualen Systemen bestmöglich aufeinander abzustimmen. Diesem Ziel wird der Gesetzentwurf nicht gerecht. Vielmehr werden kommunale Steuerungsmöglichkeiten erschwert zugunsten der dualen Systeme und so die Abläufe unnötig verkompliziert“, erklärten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen.

Bildung ist der beste Garant für ein Leben ohne Sozialleistungen

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich der Veröffentlichung der aktuellen Arbeitsmarktzahlen auf die Bedeutung einer guten schulischen Ausbildung hingewiesen.

Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Ein guter Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Garant dafür, im Leben auf eigenen Füßen stehen zu können. Insofern sind die Länder aufgefordert, ihre Anstrengungen im Bildungsbereich zu intensivieren.“ Bundesweit sind über 10 % der Leistungsempfänger im Alter von 15 bis 24 Jahren und erhalten bereits dauerhaft SGB II-Leistungen. „Daher bedarf es stärkerer Anstrengungen der Länder, um mit Schulabschlüssen die Grundlage für die Zukunft von Jugendli-

chen zu legen. Wichtig ist zugleich eine Stärkung der Jobcenter sowie der Kinder- und Jugendhilfe, damit kein Jugendlicher verloren geht“, so der DLT-Präsident.

EHRUNGEN

Herr Burkhard Albers (SPD), Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, wurde in der letzten Sitzung des Sozialausschusses wegen seines besonderen Engagements in den unterschiedlichen Verbandsgremien beim Hessischen Landkreistag mit der Landkreis-Ehrenmedaille geehrt.



Erster Vizepräsident Landrat Bernd Woide und der Vorsitzende des HLT-Sozialausschusses, Landrat Manfred Görig, gratulieren Landrat Burkhard Albers zur Landkreis-Ehrenmedaille

TERMINE

- **Gemeinsamer Ausschuss Kommunale Jobcenter**
Mittwoch, 10.05.2017, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**
Dienstag, 16.05.2017, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 01.06.2017, 10:00 Uhr, Lauterbach
- **Schul- und Kulturausschuss**
Dienstag, 06.06.2017, 16:00 Uhr, Landkreis Hersfeld-Rotenburg
- **Präsidium**
Donnerstag, 08.06.2017, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag bis Mittwoch, 13.06.–14.06.2017, 15:00 Uhr, Rüsselsheim
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Dienstag, 13.06.2017, 10:00 Uhr, Gießen



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Matthias Drexelius

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag (S.2 u. S.4)
Bildagentur fotolia@nmann77 (S.1)